



Begrenzungsinitiative

Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

Ziel

Das Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union soll beendet werden.

Ausgangslage

Seit 2002 gilt zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) das [Freizügigkeitsabkommen \(FZA\)](#). Das FZA ist einer von sieben Verträgen, die zusammen [Bilaterale I](#) genannt werden. Die Verträge der Bilateralen I sind miteinander verknüpft. Wird ein Vertrag gekündigt, werden alle sieben Verträge der Bilateralen I ausser Kraft gesetzt. Dies wird Guillotine-Klausel genannt.

Um das Freizügigkeitsabkommen zu beenden, wurde eine Initiative eingereicht. Deshalb stimmen wir nun darüber ab.

Was würde sich ändern?

Wird die Initiative angenommen, beendet die Schweiz das FZA mit der EU. Der Bundesrat hat nach Annahme der Initiative ein Jahr Zeit, die Auflösung des FZA zu verhandeln. Ziel dieser Verhandlungen ist das FZA zu beenden, ohne die Guillotine-Klausel auszulösen.

Sind die Verhandlungen nicht erfolgreich, muss der Bundesrat das FZA innerhalb von weiteren 30 Tagen kündigen. Zudem darf der Bundesrat keine neuen Freizügigkeitsabkommen abschliessen.

Freizügigkeitsabkommen (FZA)

Das Freizügigkeitsabkommen (FZA) ist ein Abkommen zwischen der EU und der Schweiz. Mit dem FZA dürfen Schweizer BürgerInnen in der EU leben, arbeiten und studieren. Umgekehrt dürfen EU-BürgerInnen in der Schweiz leben, arbeiten und studieren. Es regelt die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU.

EU-BürgerInnen, die in der Schweiz leben oder arbeiten wollen, müssen einen gültigen Arbeitsvertrag haben oder selbstständig sein. Personen, die nicht arbeiten, müssen ihren Lebensunterhalt selbst bezahlen können und gegen Krankheit und Unfall versichert sein.

Bilaterale I

Die Bilateralen I bestehen aus sieben einzelnen Verträgen, die zusammen ein Vertragspaket bilden. Die sieben Verträge sind: FZA, Forschungsabkommen, Abkommen über technische Handelshemmnisse, das öffentliche Beschaffungswesen, die Landwirtschaft sowie den Land- und den Luftverkehr.



Ja

Argumente der BefürworterInnen

- Unbegrenzte Zuwanderung führt zu steigender Arbeitslosigkeit und gefährdet den Wohlstand in der Schweiz.
- Fachkräfte, die die Schweiz braucht, dürfen weiterhin hier leben und arbeiten. Die Schweiz ist auch ohne FZA ein offenes Land.
- Die Initiative will nur das FZA beenden. Die anderen bilateralen Verträge mit der EU sollen bestehen bleiben. Das muss der Bundesrat verhandeln.

Nein

Argumente der GegnerInnen

- Die Bilateralen I sind auf die Schweiz zugeschnitten. Sie sichern besonders die guten wirtschaftlichen Beziehungen zur EU.
- Die Personenfreizügigkeit ist zentral für die EU. Darüber zu verhandeln und damit die Guillotine-Klausel zu umgehen, ist unrealistisch.
- Schweizer Unternehmen verlieren den direkten Zugang zu ihrem wichtigsten Markt. Dies erschwert den Handel mit der EU.

Regierungsmeinung

Nationalrat



Nein

53 Ja
142 Nein
2 Enthaltungen

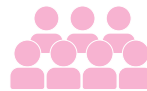
Ständerat



Nein

5 Ja
37 Nein
2 Enthaltungen

Bundesrat



Nein



Den Clip zur Vorlage und weitere Informationen findest du unter [easypoll.ch/begrenzung](https://www.easypoll.ch/begrenzung)